Zum ersten Deutschen Reichs-Bauernkongreß

Von Heinrich Rau, Berlin

Am 23. und 24. Januar versammeln sich in Berlin die aus allen Teilen Deutschlands entsandten Vertreter kleiner und mittlerer Bauern zum Ersten Deutschen Reichsbauernkongreß.

Unter der Verschärfung der Krise des Kapitalismus, insbesondere der Agrarkrise, hat die Verelendung der werktätigen Bauernschaft, der Niedergang der kleinen und mittleren Bauernwirtschaften ein besonders rasches Tempo angenommen. Die Zahl der Zwangsversteigerungen bei bäuerlichen Wirtschaften hat im Jahre 1931 eine Rekordhöhe erreicht. Diese Unzufriedenheit herrscht unter der werktätigen Bauernschaft, gleichzeitig wächst der Wille zur Gegenwehr, zum Kampf gegen die Versagung von der Scholle. Ein Teil der Bauernschaft setzt seine Hoffnung auf das „Dritte Reich" Hitlers, ging vom Regen in die Traufe, ein anderer Teil bewegt sich im Kampf gegen Steuer-, Pacht- und Zinslasten, gegen die Zwangsversteigerungen, gegen die wucherische Preispolitik der Großgrundbesitzer, Kartelle und Truste, im Kampf um den Boden auf der Linie des Bündnisses mit dem revolutionären Proletariat. Letzteres kommt auch in der Reichsbauernkongreßbewegung zum Ausdruck.

Die Reichsbauernkongreßbewegung ist in ihrer sozialen Schichtung wie auch in der politischen Reife ihrer einzelnen Teile nicht einheitlich.

Die Hauptmasse rekrutiert sich aus Zwerg- und Kleinbauern. Die Hauptzentren der Bewegung sind die Kleinbauerngebiete Nordwestdeutschlands, Mitteldeutschlands, Nieder- und Mittelrhein und Baden. Einen starken Anteil an der Bewegung haben hier die kleinen Pächter.

Etwa ein Viertel der von der gesamten Bewegung erfaßten Bauern entfällt auf die Mittelbauernschaft. Allein diese von der Bewegung erfaßten verschiedenen sozialen Schichten geben schon eine Erklärung für die verschiedene politische Reife der Bewegung in den einzelnen Gebieten.

Unter der offensichtlichen Ausweglosigkeit für die werktätige Bauernschaft innerhalb des kapitalistischen Systems einerseits unter dem Einfluß des Aufschwungs der revolutionären Arbeiterbewegung, der verstärkten Arbeit der Kommunistischen Partei unter der werktätigen Bauernschaft auf Grundlage ihres Bauernhilfsprogramms, des führenden Eingreifens revolutionärer Arbeiter bei den Tageskämpfen der werktätigen Bauern gegen Zwangsversteigerungen, Steuer-, Zins- und Pachtlasten, unter dem Einfluß des auch im Dorfe immer populärer werdenden sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion

entwickelt sich innerhalb der kleinen Bauernschaft die Erkenntnis der Notwendigkeit des engen Bündnisses der Arbeiter und Bauern unter Führung des revolutionären Proletariats und seiner Kommunistischen Partei.

Diese Tatsache drückt auch eine Reihe von bäuerlichen Gebietskongressen zum Ausdruck. So hat z. B. der von 146 bäuerlichen Delegierten besuchte Gebietskongreß in Kelbra (Mitteldeutschland) in einer Entschließung zum Ausdruck gebracht, daß die werktätige Bauernschaft unter Führung des Proletariats kämpfen muß. Der Nordwestdeutsche Bauernkongreß, auf dem rund 200 gewählte Delegierte und über 100 bäuerliche Gäste anwesend waren, wählte ein Begrüßungstelegramm an Thälmann, in dem die Bauern das Bauernhilfsprogramm der KPD. begrüßen. Einen gleichen Beschluß faßte der von 150 Delegierten und rund 100 bäuerlichen Gästen besuchte Gebietskongreß in Oldenburg.

Diese Entwicklung auf der einen Seite, die Konzentration der faschistischen Kräfte und besonders der Aufschwung der Nationalsozialisten auf der anderen Seite, eine Reihe Manöver der Bourgeoisie — angefangen von dem in der Vierten Notverordnung versprochenen Vollstreckungsschutz, Preisabbau, Zinsabbau bis zur Schaffung von „Bauern-Komitees" und Proklamierung von „Steuerstreiks" durch großagrarische Landbündler und Nationalsozialisten —, all das bedingt gegenwärtig ein verstärktes Schwanken der Mittelbauernschaft, was zu einem Teil auch in dieser Reichs-Bauernkongreß-Bewegung sich widerspiegelt. Diese Einflüsse äußern sich in Stellungnahme gegen die Hegemonie des Proletariats, in Ablehnung jeglicher Verbindung der Bewegung mit der Kommunistischen Partei, in Versuchen der Einbeziehung der Großbauern in die Bewegung unter der Devise „Das ganze Dorf soll erfaßt werden."

Es ist vorauszusehen, daß auf dem bevorstehenden Reichsbauernkongreß solche Tendenzen aus der Haltung der mittelbäuerlichen Elemente sich ebenfalls zeigen werden, jedoch der überwiegende Teil des Kongresses wird — wie der Verlauf der bisherigen Gebiets- und Bezirkskongresse zeigt — sich für das Bündnis mit dem Proletariat aussprechen. Die Erfahrungen der Bauernkomitees, der in den letzten Monaten durchgeführten bäuerlichen Aktionen, die in hunderten Fällen aktive Unterstützung durch die revolutionäre Arbeiterschaft erhielten, werden dem Kongreß das Gepräge geben. Von ebenso großer Bedeutung für die Entscheidungen des Kongresses und die weitere Entwicklung der Bewegung wird der Bericht der bäuerlichen Rußland-Delegation über den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion sein. Daraus ergibt sich aber auch für die Gesamtlinie, in der sich die Tageskämpfe entwickeln müssen, die scharfe und klare Kampfstellung gegen den Faschismus, gegen die kapitalistische Diktatur wider die imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion, für den Kampf um die nationale und soziale Befreiung, um die Arbeiter- und Bauernregierung.

Der erste Deutsche Reichsbauernkongreß repräsentiert eine Massenbewegung.

In mindestens 3000 Dorfversammlungen wurde zur Vorbereitung des Kongresses Stellung genommen. Auf über 100 Gebiets- und einigen Bezirkskongressen wurden nach der uns vorliegenden Uebersicht etwa 2500 bäuerliche Delegierte erfaßt, die zum Reichs-Bauernkongreß rund 150 Delegierte entsenden werden.

Dazu kommt eine Anzahl Delegierte, die von den einzelnen Dorfkomitees direkt zum Kongreß entsandt werden, ferner Vertreter einiger der Reichs-Bauernkongreß-Bewegung angeschlossenen bäuerlichen Organisationen und der Oppositionsgruppen aus großbäuerlich und großagrarisch geleiteten Verbänden (Landbund, Christlicher Bauernverein, Deutsche Bauernschaft, Bayrischer Bauernbund).

Die Kommunistische Partei hat seit Beginn dieser Bewegung unter ständigem Kampf gegen ihre Halbheiten und teilweise reaktionär-kleinbürgerlichen Tendenzen, der Bewegung ihre größte Aufmerksamkeit geschenkt, sie in der Schaffung von bäuerlichen Komitees, der Organisierung der Tageskämpfe, der Mobilisierung zu den Gebiets- und Bezirks-Kongressen unterstützt, ist im Kampf um die Interessen der werktätigen Bauernschaft vorangeschritten. **Aufgabe der kommunistischen Fraktion** auf dem Kongreß und innerhalb der ganzen Bewegung wie der gesamten Kommunistischen Partei wird es sein, diese bäuerliche Massenbewegung weiter zu entfalten und politisch zu klären, die kleine Bauernschaft zu einem festen, revolutionären Bündnis mit dem Proletariat und unter dessen Führung zu gewinnen und zu erfassen, unter gleichzeitig verstärkten Bemühungen zur Neutralisierung der mittleren Bauernschaft.

Neue Streikerfolge der RGO

15prozentiger Lohnabzug bei Landarbeitern wieder zurückerstattet

Hannover, 22. Januar.

Der von der RGO geführte Kampf der Landarbeiter im Kreis Hannover-Linden hat einen großen Erfolg zu verzeichnen. Bei der letzten Lohnzahlung wurde nicht nur der alte Lohn, sondern es wurde auch der 15prozentige Lohnabzug aus der ersten Januarwoche wieder zurückerstattet.

Erfolgreicher Arbeiterinnenstreik

Braunschweig, 23. Januar 1932. (Eig. Drahtb.)

Die Arbeiterinnen der Abteilung Bürstenmacherei der „Miag", Braunschweig, traten sofort nach Bekanntgabe des neuen Lohnabbaues in den Streik. Den Arbeiterinnen sollte außer dem generellen Lohnabbau ein 50prozentiger Akkordabzug diktiert werden. Nach zweistündigem Streik, den die Arbeiterinnen unter Verbleiben an ihren Arbeitsplätzen durchführten, mußte die Betriebsleitung den 50prozentigen Lohnabbau zurücknehmen.

Teilerfolg gegen Lohnabbau erkämpft

Hildesheim, 22. Januar.

Die Ankündigung eines 11prozentigen Lohnabbaues verursachte bei der Belegschaft des Sentig-Werkes große Empörung. Unter Führung der RGO traten die wichtigsten Abteilungen des Werkes sofort in den Streik. Daraufhin verhandelte die Direktion mit dem reformistischen Betriebsrat und erklärte, daß „nur" ein Lohnabbau von 5 Prozent in Frage komme. Dem SPD-Betriebsrat gelang es daraufhin, die Arbeiter zum Abbruch des Streikes, durch den immerhin ein Teil des gesamten Lohnabbaues verhindert wurde, zu bewegen.

Protststreik Chemnitzer Eisenbahner

Chemnitz, 22. Jan. (Eig. Ber.)

Auf der Bahnmeisterei 5 (Chemnitz-Kappel) wurde der Betriebsratsvorsitzende Fritz Seidler gemaßregelt. Arbeiter der Bahnmeisterei 5 waren kürzlich — wie wir bereits meldeten — gegen die Notverordnung und den Lohnabbau einen zweistündigen Proteststreik getreten. Jetzt wurde der Betriebsrat fristlos entlassen, angeblich wegen Arbeitsverweigerung. Dieser Grund ist glatt erfunden, da Arbeitsverweigerungen an den beiden Weihnachtstagen vorgekommen sein soll, die Entlassung aber erst jetzt erfolgte. Gegen diese offensichtliche Maßregelung trat gestern der zur Bahnmeisterei 5 gehörige Rangiertrupp in einen einstündigen Proteststreik.

Neue Stillegungen und Entlassungen

Roter Betriebsrat bei Bühler-Freital entlassen

Vorige Woche wurde im Betrieb Bühler Freital die Abteilung Holzbearbeitung zum größten Teil stillgelegt. Freitag wurden kurzerhand die zwei Betriebsratsmitglieder der Holzbearbeitung mit entlassen, darunter der Betriebsratsvorsitzende Genosse Bruno May.

Lugauer Schacht stillgelegt

Am 1. Februar dieses Jahres wird „Gottes Segen" in Lugau stillgelegt. Das Kohlenflöz des Schachtes soll von anderen Schächten ausgebaut werden. Die Belegschaft des Vereinigungsschachtes soll angeblich zum größten Teil auf anderen Schächten Beschäftigung finden. Nur ein Teil soll zur Entlassung kommen.

Dresdner Eisenbahner fordern:

Weg mit Lohnabbau und Bürgersteuer

Betriebsversammlung in der Bahnmeisterei I erzwungen

Die roten Betriebsräte der Bahnmeisterei I erzwangen während der Arbeitszeit eine Betriebsversammlung. Auf der Tagesordnung stand: 1. Rigoroser Lohnabbau; 2. Aufhebung der Feierschichten. Alle Kollegen der Dienststelle nahmen an dieser Versammlung teil. Der Bahnmeister war ebenfalls erschienen, um „beruhigend" auf die Versammlung zu wirken. In der Diskussion erklärte ein Kollege, daß er mit drei Kindern bei 21 Mark Verdienst bei einer 40stündigen Arbeitszeit nicht mehr auskommen kann. Die Löhne sind jetzt nach der Notverordnung durchschnittlich 11 bis 25 Mark bei voller Arbeitszeit. Ein anderer Kollege erklärte, daß er jetzt so weit herunter ist, daß er beim Fürsorgeamt Antrag auf Unterstützung stellen muß.

In der Versammlung wurden folgende Vorschläge gemacht: Zwei Delegationen zu wählen, die beim Reichsbahn-Präsidenten vorstellig werden sollen, betr. des Lohnabbaues, der sofort rückgängig gemacht werden soll. Die zweite Delegation soll zum Oberbürgermeister Külz gehen und von diesem die sofortige Befreiung von der Bürgersteuer fordern.

Alle diese Forderungen sind von der 120 Mann starken Belegschaft einstimmig angenommen worden. Direktor Wickel versuchte, den Kampf der Eisenbahner zu bremsen und gab „beherzigende Worte" für den Präsidenten der Delegation mit auf den Weg. Ein verbandstreuer Zeitarbeiter setzte sich für das „kleinere Uebel" ein und erklärte, die RSO würde nur immer den Popanz an die Wand malen!

Am Dienstag soll die Delegation in einer weiteren Betriebsversammlung Bericht erstatten. Gehen diese Forderungen nicht durch, dann würde zu schärferen Mitteln gegriffen werden. Zurufe aus der Versammlung ließen die ungeheure Empörung über das rücksichtslose Vorgehen der Reichsbahndirektion erkennen.

Die Eisenbahner dürfen sich bei ihrem Vorgehen unter keinen Umständen irgendwelchen Illusionen hingeben. Weder die Reichsbahndirektion noch der Oberbürgermeister Külz werden die Forderungen der Eisenbahner erfüllen. Die Reichsbahndirektion und Külz sind Organe der herrschenden Klasse, die durch die Brüning-Regierung mit ihren faschistischen Notverordnungen die ungeheure Verschlechterung der Arbeiterschaft herbeigeführt hat. Zu dieser Front gehören auch die SPD und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, die den Notverordnungslohnabbau, die Steuererhöhungen, den Preisabbau-Schwindel und alle anderen gegen die Arbeiterschaft gerichteten Maßnahmen decken und unterstützen.

Die Eisenbahner und alle anderen Arbeiter können nur durch ihre eigene Kraft und durch ihre Geschlossenheit, durch rote Einheitsfront die ungeheure Verelendung abwehren, ihre Existenz sichern.

Rücktritt des Betriebsrates gefordert

Wie wir nach Redaktionsschluß erfahren, hat eine stattgefundene Belegschaftsversammlung des Straßenbahnhofs Leipzig-Berge mit allen gegen fünf Stimmen die sofortige Auflösung des Betriebsrates beschlossen.

Polizei gegen Jungarbeiter von Seidel & Naumann, Dresden

Gestern nachmittag sollte eine Versammlung der Jungarbeiter und Lehrlinge der Firma Seidel u. Naumann im Restaurant stattfinden. Man hatte am Tage vorher Handzettel vor dem Betrieb verteilt und eifrig war die kommende Versammlung diskutiert worden. Als jedoch die Lehrlinge sich dem Lokal näherten, mußten sie feststellen, daß dort Polizei patrouillierte und auch einige Meister „zufällig" dort herumliefen. Der Polizeiapparat und Unternehmer hatten gegen den KJVD mobil gemacht. Die Versammlung konnte deshalb zunächst nicht stattfinden.

Starker Vormarsch der Opposition im Steinarbeiterverband Dresden

In der am 17. Januar 1932 stattgefundenen Generalversammlung des Dresdner Steinarbeiterverbandes erhielt die Opposition mit Ausnahme des 1. Vorsitzenden sämtliche Funktionen. Der Vorstand setzt sich jetzt zusammen aus 4 Kommunisten, 2 Parteilosen und einem SPD-Mann. Vorher war die Opposition nur durch einen Kollegen im Vorstand vertreten.

Das ist die Antwort der Dresdner Steinarbeiter auf den Verrat der SPD und ADGB-Führer und ihre neuesten Spaltungsmanöver „Preisabbau" und „Eiserne Front".

Dies Beispiel zeigt, daß bei richtiger Arbeit an der Einheitsgewerkschaftlichen Front Erfolge für die Partei zu erzielen sind und daß die Arbeiterschaft durch sachliche Aufklärung sich bereit in die rote Einheitsfront zum Kampf gegen Faschismus und Notverordnungslohnabbau.

Mordüberfall der SA in Braunschweig

Naziangriff auf eine Belegschaft. 3 Reichsbannerarbeiter schwer verletzt

In den letzten Tagen haben die Nazis systematisch neue Terrorakte durchgeführt. Bereits am Mittwochabend durchzogen Trupps von SA-Leuten die Arbeiterstraßen und riefen: „Kommt raus, rote Mordkommune aus euren Kellerlöchern!" Mehrere Fensterscheiben von Arbeiterwohnungen wurden zertrümmert. Durch das Auftreten der Antifaschistischen Straßenschutzstaffeln wurden die SA-Banden im Schach gehalten.

Am Donnerstagnachmittag, kurz vor Betriebsschluß, sammelten sich SA-Trupps in Zivilkleidung in einer Stärke von 30 bis 40 Mann zu einem planmäßigen Ueberfall auf die Arbeiter des Miag-Werks. Mit Unterstützung des Pförtners Nr. 1, Kramer, der Mitglied der Nazipartei ist, drangen die SA-Leute in den Betrieb ein. Auf die Arbeiter, die sich zur Abwehr sammelten, wurde von der Pförtnerbude aus seitens der Nazis scharf geschossen. Durch die zahlreich abgegebenen Schüsse wurden drei Reichsbannerarbeiter schwer verletzt.

Die Polizei erschien erst verspätet, nachdem ein Teil der Nazis bereits verschwunden waren. Die Polizei forderte die Arbeiter zum Weitergehen auf. Erst auf energischen Protest hin nahm die Polizei eine Durchsuchung der sich in der Pförtnerbude befindlichen Nazis nach Waffen vor. Von den Nazis wurde einer, von den Arbeitern eine größere Anzahl verhaftet.

Heute morgen wurden vor allen Betrieben Braunschweigs Flugblätter verteilt, die zur Bildung der roten Einheitsfront gegen den faschistischen Terror aufforderten. In den Flugblättern heißt es u. a.: „Verlaßt euch nicht auf die SPD-Führer, die euch immer im Stich gelassen haben. Denkt an den 13. und 24. Oktober 1931. Immer standen die Kommunisten an der Spitze des Kampfes gegen faschistischen Terror. Bildet Betriebswehren! Stärkt die antifaschistischen Straßenschutzstaffeln! Rüstet zum Massenstreik gegen den faschistischen Terror!"

Vor allen Betrieben finden erregte Diskussionen, in deren Mittelpunkt die Frage des Proteststreikes stand, statt.

Neuer Naziüberfall auf eine Berliner Laubenkolonie

Die Nazis haben wieder einen Ueberfall auf eine Laubenkolonie in Reinickendorf verübt. Bereits öfter in der letzten Zeit hatten die Nazis die Gegend unsicher gemacht. Die Kolonisten stellten deshalb, da sie täglich mit einem Ueberfall rechneten, hatten, eine Wache auf. Am Donnerstagabend gegen 11 Uhr bemerkte die Wache, wie eine Gestalt von der gegenüberliegenden Wiese auf die Kolonie zukroch. Als die Wache diese anrief, krachten als Antwort mehrere Schüsse. Sofort alarmierte die Wache die Kolonie, worauf nochmals ungefähr 20 Schüsse abgegeben wurden. Der Sturmführer Mahlau hatte den Kolonisten bereits mehrfach gedroht. Als die Polizei bei der Durchsuchung abhielt, wurde die Pistole gefunden, aus der geschossen worden war, außerdem fand man noch 50 Patronen. In der Siedlung Felleneck, gingen auch hier einige Arbeiter zur Polizei, um Feuermeldungen zu machen. Es wurde